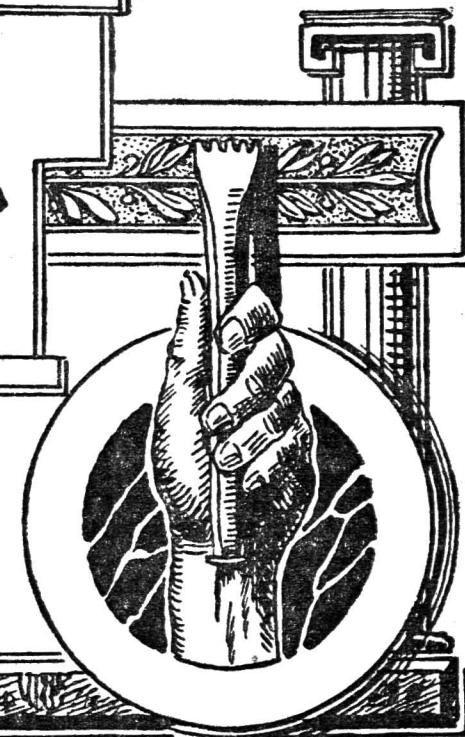
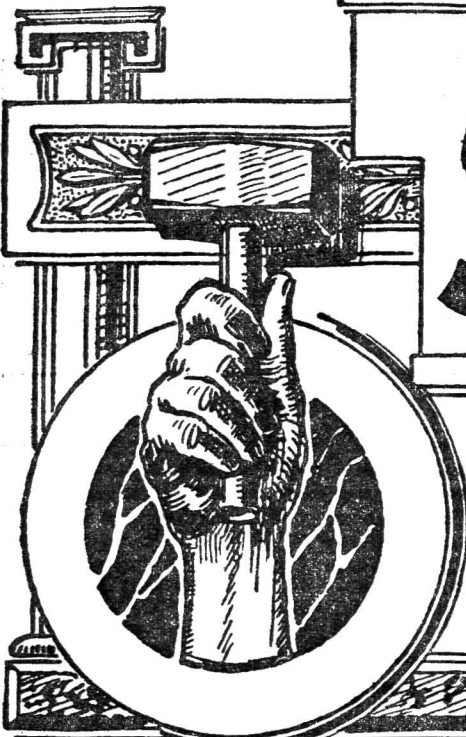


# Der Steinarbeiter

## ORGAN

### des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.



„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.

Herausgeber:

Paul Starke, Leipzig, Große Fleischergasse 14.

Verantwortlicher Redakteur:

A. Staudinger, Leipzig, Große Fleischergasse 14.

Geschäftsstelle und Expedition:

Leipzig

Große Fleischergasse 14. I.

Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.

Anzeigen: Von Vereinen und Krankenkassen 10 Pfg., von Privaten 20 Pfg. die gespaltene Zeile oder deren Raum.

„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7238 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 7.

Sonnabend, den 14. Februar 1903.

7. Jahrgang.

## Kollegen! Agitiert für den Steinarbeiter.

### Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

**Berlin.** Zum 1. März wurde seitens der Berliner Steinmetz-Innung der Tarif gekündigt. Unterhandlungen haben bis jetzt noch nicht stattgefunden. Dieses den reisenden Kollegen zur gefälligen Beachtung.

**Deutmannsdorf.** Bei der Firma Niggel wird versucht, den Tarif in rigoroser Weise zu umgehen und Arbeitskräfte aus Böhmen heranzuziehen.

**Weihen.** Bei der Firma Köhler stehen die Steinmetzen, Schleifer und Pflastersteinhauer in Tarifverhandlungen.

**Strasburg i. Elsaß.** Die Kollegen befinden sich in einer Lohnbewegung.

**Zeulenroda (Reuß a. L.).** Schulbau. Nach hier ist Zugang fernzuhalten.

### Wodmals zur Gaueinteilung.

Die Wahl der einzelnen Gau-Verwaltungen will recht langsam vor sich gehen. Wegen der Wichtigkeit dieser Einrichtung wäre wohl an den meisten Vororten, wo die Gauleitungen hingelegt werden, eine pünktlichere Erledigung dieser Frage angebracht. Es ist doch wohl selbstredend, daß im künftigen Frühjahr beginnend, eine rege Agitation entfaltet werden muß und somit ist kein Augenblick zu verlieren, die Konstituierung der Gauleitung zu vollziehen. Der seinerzeit vorgelegte Entwurf der Zentraleitung wurde nur durch die Neueinsetzung eines Gaues nach Würzburg und die Verlegung des Vororts von Nürnberg nach Schwarzenbach (Fichtelgebirge) unwesentlich verändert.

Wiederholt kam aber schon zum Ausdruck, daß die Bildung der Gaue mit spezieller Berücksichtigung des einzelnen Berufes hätte erfolgen sollen! Diese geäußerten Bedenken sind aber schließlich, doch ohne sich eingehend mit dem Studium dieser Frage zu beschäftigen, erzeugt worden. Einem solchen Verlangen kann unter keinen Umständen, wie wir dieses auseinanderlegen, stattgegeben werden.

Bei der Einteilung der Gaue kam in Betracht, daß deren nicht zu viel geschaffen wurden, daß aber selbst-

redend die Vororte in einen möglichst zentralen Punkt der Steinindustrie, gleichviel ob Granit oder Sandstein in Frage kommt, gelegt werden. Die Frage, ob an solchen Orten auch die befähigten Leute vorhanden sind, konnte bei der Einteilung der Gaue zwar berücksichtigt werden, durfte aber nicht ausschlaggebend sein, die Bildung eines Gaues oder die Verlegung des Vororts aus diesem Grunde zu beeinflussen. Denn so könnte es leicht vorkommen, daß mit dem Wechsel eines befähigten Kollegen zugleich ein Wechsel des Vororts vor sich gehen müßte. Wer regen Anteil an der Entfaltung der Agitation nehmen will, dem ist auch die Gelegenheit geboten, dieses zu tun, ohne in der Gauleitung, resp. im Gauvorstand selber zu sitzen.

Wir haben es kürzlich noch gesehen, daß die Spitze irgend einer Agitationskommission weitab von dem Sitze derselben in einem vollständig abgelegenen Orte sein Domizil aufgeschlagen hatte, währenddem wohl die Organisationsangehörigen in seinem Tätigkeitsbezirk von seinem Aufenthalt keine Ahnung hatten. Wohin das führen muß, wenn wichtige, unerwartet schnell eingetretene Vorkommnisse zu regeln sind, wird demjenigen klar sein, der weiß, wie kopflos in solchen Dingen man in den einzelnen Zahlstellen verfährt, wenn nicht sofort eine führende Person zur Stelle ist.

Man wirft im weiteren ein, in einem Gaubezirke, wo mehrere berufliche Unterschiede vorhanden sind, so z. B. wo schließlich überwiegend Sandstein oder Granit verarbeitet wird, kann der Gauvorstand, der in ersterer Gesteinsart beschäftigt ist, doch unmöglich über die Verhältnisse der Granitbranche urteilen. Dieses trifft aber nur im minimalsten Grade zu und dann nur von dem Gesichtspunkte aus, wenn sich ein Eingreifen bei Tarifverhandlungen notwendig macht. Hier muß eingeschaltet werden, daß an Orten, wo solche Bewegungen vorhanden sind, auch dementsprechend Tarif- und Lohnkommissionen bestehen. Der Gauleiter selbst aber kann immerhin bei der Schaffung eines eventuellen Tarifs, oder bei einer besseren präziseren Fassung desselben beratend eingreifen, ohne speziell gerade in diesem Material beschäftigt zu sein. Und dann setzt sich doch nicht immer der gesamte Gauvorstand aus einer speziellen

Berufsgruppe von Kollegen zusammen. Man wird deshalb an den in Frage kommenden Vororten schließlich bei der Zusammenlegung der Gauverwaltung Rücksicht nehmen auf die verschiedenen Berufsverhältnisse. Wir haben eine Reihe solcher Orte, wo diesem nachgeholt werden kann, so in Berlin, Dresden, Leipzig, Hamburg, Düsseldorf, Mannheim, Frankfurt und München.

In den Verbänden der Holz- und Metallarbeiter kann bei der Wahl des Gauvorstehenden unmöglich verlangt werden, daß derselbe die ca. 30-40 verschiedenenartigen Berufe seines Verbandes so kennt, wie schließlich seinen eigenen. Wenn man solche Gauleiter verlangt, die müssen allerdings erst geboren werden. Die organisatorischen und verwaltungstechnischen Fragen müssen selbstredend beherrscht, die agitatorischen Verhältnisse dagegen in einem jeden einzelnen Ort erst untersucht und danach verfahren werden.

Die Erfahrung hat gelehrt, zumal in Städten, daß die Aenderung des Arbeitsverhältnisses auch manchmal eine Berufsänderung mit sich bringt, denn man muß heute oftmals, um der eventuellen Arbeitslosigkeit bei sich bietender Gelegenheit aus dem Wege zu gehen, vom Sandsteinberuf in den Granit- oder auch Marmorberuf übergehen. Es ist komisch, wenn bedauerlicherweise unter den Kollegen der Hartsteinindustrie, insbesondere den Steinmetzen, man auf das Gutachten der Kollegen der Sandsteinbranche bei zu Rate ziehen in irgendwelchen Verhandlungen nicht allzu großen Wert legen will. Der Granitsteinmetz — wir haben hier den Haustein-arbeiter im Auge — darf aber ruhig zugeben, daß er, wenn er in Streitfragen der Pflastersteinbranche entscheiden soll, nicht mehr Verständnis besitzt, wie ein Nichtangehöriger der Hartsteinbranche; dieses weiter auseinanderzusetzen, scheint in diesem Artikel nicht angebracht zu sein.

Weil aber bei allen auftauchenden Neuerungen sofort das speziell Berufliche immer hervorgehoben wird, war es notwendig, diesen Punkt etwas näher zu beleuchten.

Nach herrscht noch eine ziemliche Unklarheit, wie die Auseinandersetzung Hamann kontra Fetisch zeigt, in Bezug auf die Vornahme der Wahl des Gesamt-Gauvorstands. Letzterer wird vom Vorort gewählt, ohne

### Der Streikbrecher.

Von Unternehmern gehätselt, von Behörden geschützt, kann der Streikbrecher trotzdem die Achtung der zivilisierten Welt nicht erringen, und selbst die gelegentliche Auszeichnung eines solchen „Musterarbeiters“ war nicht imstande, das Odium der Lumperei, das auf ihm lastet, hinwegzunehmen. Die härtesten Maßregeln zum Schutze des Arbeitswilligen konnten nicht verhindern, daß Streikbruch als eine grobe Verletzung, zwar ungeschriebener und nicht sanktionierter, aber dafür im Volksbewußtsein um so lebendiger wirkender Rechtsbegriffe angesehen wird, und selbst die heißesten Bemühungen der Kirche, ihren Schäflein die Verächtlichkeit eines Kampfes um irdische Güter begreiflich zu machen, waren vergebens. Der gesunde Sinn des Arbeiters sträubt sich dagegen, seine Bestrebungen nach Verbesserung seiner Lage mit einem Wechsel auf die Ewigkeit abzugeben zu lassen, und daß die „Einsicht“ des Unternehmers nicht weiter reicht, als sie durch die Macht der Arbeiter erzwungen werden kann, ist ein alter Erfahrungsgrundsatz, dessen Richtigkeit schon unzählige Male bewiesen wurde.

Das Motiv des einzelnen Streikbrechers ist zumeist seine Unfähigkeit, im ehrlichen Wettbewerb Arbeit zu finden, so daß er jede Gelegenheit benützt, um in einen Betrieb hineinzukommen, aus dem er allerdings sehr häufig viel schneller wieder hinausfliegt. Der organi-

sierte Streikbruch hat keinen andern Zweck, als die bestehenden Gewerkschaften zum Vorteil der „freien“, „blauen“, „gelben“, „christlichen“ oder wie sie alle heißen mögen, Gewerkschaften zu schädigen. Es wird dabei hauptsächlich auf jene zweifelhaften Elemente gerechnet, die nur auf eine Gelegenheit warten, um umzufallen, doch ist trotz aller Renommance der Einfluß und Erfolg dieser Streikbrecherorganisationen ein geringer.

Gerade in England, wo die Vereinigung der sogenannten „freien Arbeiter“, das heißt jener Leute, die berechtigt und berufen sind, an kämpfenden Genossen Verrat zu üben, angeblich 400 000 Mitglieder zählt, wurden die größten und erfolgreichsten Kämpfe durchgeführt, und auch der Streik der französischen Bergarbeiter, bei dem die „Gelben“ für ihre Mitglieder „das Recht auf freie Arbeit“ propagierten, hat bewiesen, daß viele von den „Gelben“ trotz aller Beschlüsse fahnenflüchtig wurden, da ihnen die zugedachte Rolle doch gar zu schmachlich war und sie ihre Knechtseligkeit nicht offen dokumentieren wollten.

Alle Bestrebungen zur Züchtung von Streikbrechern erfreuen sich von Seiten der Kapitalisten und ihrer freiwilligen und unfreiwilligen Werkzeuge ausgiebiger Förderung, finden die Unterstützung der Kirche und aller Behörden, und wehe demjenigen, wer es wagt, so einen Musterbürger auch nur scheinbar anzusehen. Die bekannten Worte: „Rücksichtslose Unterwerfung jeden Umsturzes und die schwerste Strafe dem, der sich untersteht, einen

Nebennenschen, der arbeiten will, an freiwilliger Arbeit zu hindern, sind der oberste Grundsatz der Rechtsprechung geworden. Zahllose harte Urteile wurden schon gefällt, schwere Strafen verhängt, und doch ist die Auffassung der klassenbewußten Arbeiter dieselbe geblieben. Streikbruch bleibt eben Streikbruch, ob er nun organisiert betrieben oder von einzelnen begangen wird, und bleibt als solcher die verächtlichste Handlung. Mögen dafür Entschuldigungsgründe welcher Art immer angeführt werden, und von diesen der beliebteste ist es, daß dadurch die „Tyrannei“ der Gewerkschaften gebrochen und das Recht auf freie Arbeit gewahrt werden müsse, es bleibt ein ethischer Grundsatz, an dem nicht gerüttelt werden darf.

War es bis jetzt den Ausbeutern aller Grade und ihren Schöblingen vorbehalten, in dem Streikbrecher ein notwendiges Requisite des gegenwärtigen Wirtschaftssystems zu sehen, das sie gerne gebrauchen und liebevoll beschützen, dessen sie sich aber in unbewachten Momenten schämen, so ist ihnen zur Veruhigung nunmehr ein wissenschaftlicher Protegé erstanden.

Clot, ein amerikanischer Universitätsprofessor, erklärt den Streikbrecher als Muster eines freien amerikanischen Bürgers, eines Helden, dessen Ruhm über alle Lande getragen werden sollte. Die amerikanischen Milliardäre werden sich gewiß für diese „wissenschaftliche“ Autorisation des Streikbruchs entsprechend erkenntlich gezeigt haben, und wir gönnen ihnen ihren Clot; aber, daß alle

Sinzutum der zum Gau gehörigen Filialen. Hätten die Filialen das Recht, den Gauvorstand selber zu wählen, dann wäre es ja niemals möglich, den Vorort zu bestimmen, denn bei mehreren Vorschlägen kann es ja leicht vorkommen, daß der am Vorort vorgesehene Gauleiter einfach nicht gewählt wird. Hat schließlich solch ein Kollege, den man zum Gauleiter avancieren lassen will, das Verbrechen begangen, in seiner früheren Tätigkeit den Augiasstall in der einen oder andern Zahlstelle zu reinigen, hauptsächlich im Kassenwesen, wo ja besonders eine sehr große Empfindlichkeit vorhanden ist, oder suchte er an den gestellten Lohn- und Tarifforderungen eine kleine Aenderung herbeizuführen, ja, dann taugt dieser Kollege nach Ansicht dieser Rektifizierten zum Gauleiter im entferntesten nicht.

Soll das weitere die Gauleitung richtig funktionieren, dann muß mindestens allmonatlich eine Sitzung der Verwaltung stattfinden, um die einzuschlagenden Direktiven festzulegen. Daß solche Zusammenkünfte ohne erhebliche Opfer von Geld nicht möglich sind, wenn die Mitglieder der Gauverwaltung in allen Himmelsrichtungen zerstreut wohnen, ist klar. Nehmen wir den Gau Leipzig an, wo die Filialen Chemnitz, Zwickau und Magdeburg eingereiht sind, so wird dieses Beispiel beweisen, daß es rein ein Grund der Zweckmäßigkeit war, die Wahl des Vorstandes dem Vororte selber zu überlassen. Einige führende Kollegen finden sich veranlaßt, ehe sie selbst die Zusammensetzung des Gauvorstandes veranlassen, schon hierher zu berichten, daß mit den vorgesehene 3 Prozent der diesbezüglichen Einnahme nicht auszukommen sei. Gewiß mag dieses berechtigt sein, und von der Ansicht läßt sich sicherlich auch der Zentralausschuß leiten, dem insbesonders an der regen Entfaltung der Agitation etwas gelegen sein muß, aber daß man mit der Lir ins Haus fällt und die Betreibung der sich notwendig machenden Agitation in erster Linie schon mit der Gewährung der finanziellen Mittel verknüpft, ist höchst untaktisch und zeugt von einem bestimmten Mangel an Arbeitsfreudigkeit nach dieser Richtung hin.

Damit aber ein möglichst gleichmäßiges Arbeiten in allen Gauen erfolgen kann, wird es notwendig sein, wenn endlich alle Gauverwaltungen glücklich gebildet sind, in einem umfassenden Bericht an den Zentralvorstand die zukünftige Tätigkeit, wo man einzusetzen gedenkt, zu schildern.

Wir hoffen, daß mit dem bisher gezeigten Schlandrian gebrochen wird und daß jeder bemüht ist, wenn er an einen Posten innerhalb des Verbands gestellt wird, denselben mit aller ihm zu Gebote stehenden Energie auch auszufüllen. Wir dürfen wohl hoffen, daß unter dem System der Gaueinteilung sich mehr Kollegen als bisher organisatorisch und agitatorisch beteiligen.

### Das Koalitionsrecht in Elsaß und die Steinarbeiter.

Die schon berichtete Steinarbeiterkonferenz, die zum 21. Dezember vor. J. nach Lützelburg einberufen, aber wegen Lokalabtreibung, wozu auch der dortige Bürgermeister sein möglichstes leistete, in letzter Stunde nach dem benachbarten Pfalzburg verlegt wurde, allwo dann die „Sprengung“ durch den Polizeikommissar mit großer Schneidigkeit vorgenommen wurde, wird auch noch ein gerichtliches Nachspiel erfahren. Der Einberufer hatte in letzter Woche als Vorgesicht dieserhalb beim hiesigen Amtsgericht Vernehmung über seinen begangenen Frevel. — Sie haben eine sozialdemokratische Versammlung ohne Genehmigung abgehalten, Sie sind Sozialdemokrat, Sie handeln doch im Auftrag der Parteileitung, so lautete die Einführung. Man wird dadurch unfreiwillig an die „famosen“ zwölfjährige Dauer des begrabenen Sozialistengesetzes erinnert. Eine halbe Stunde soll die verwunschene Konferenz schon getagt haben, ehe die Höhle der Verbrecher ausfindig gemacht wurde. Wie mag die alte geschleifte Festung Pfalzburg gezittert haben, bis die Verteidiger der Bundesratsverordnung wieder talwärts abzogen. Freilich waren es ja nur unzufriedene Arbeiter und nicht die „arbeiterfreundlichen“ Steinbruchmagnaten, die die Ausführung der Bundesratsverordnung verlangten. Wenn man glaubt, durch solches Vorgehen die notwendige Emanzipation der Arbeiter in dieser bislang finsternen Gegend auf die Dauer hintanzuhalten, so wird man sich gewaltig täuschen. Die Leute, die bis jetzt zu sehr ihrem Stumpf-

Professorenweisheit aus einem Streikbrecher keinen Ehrenmann zu machen vermag, steht fest.

Ein englischer Richter denkt über den Streikbruch allerdings anders als der amerikanische Professor Eliot. Er sagte nämlich:

„Der Streikbrecher ist der letzte, welcher einem andern Hilfe gibt, aber der erste, der Hilfe verlangt; doch arbeitet er niemals gesichert.“

Er nimmt nur auf sich Rücksicht, aber er sieht nicht über den nächsten Tag hinaus; jedoch für Geld und würdelose Zubilligung wird er seine Freunde verraten, seine Familie und sein Land.

Mit einem Wort: er ist ein Verräter in kleinem Maßstabe, welcher erst seine Kollegen verkauft, und nachher wird er von seinem Arbeitgeber verkauft, bis er zuletzt verachtet und verabscheut ist von beiden Parteien.

Er ist ein Feind seiner selbst, der Gegenwart und der kommenden Gesellschaft.“

Mögen Kapitalisten und Bureaukraten, Pfaffen und Professoren einträchtig zusammenwirken, das Rad der Entwicklung aufzuhalten werden sie nicht im Stande sein. Ueber sie hinweg werden die „tyrannischen und unfreien Gewerkschaften“ eine Gesellschaftsordnung aufbauen, welche zu ihrem Bestande der Streikbrecher und ihrer Proteges nicht bedürfen wird. (Holzarbeiterzeitung.)

sinn anhängen, werden durch solche Haberfeldtreiben zum Denken gereizt und dadurch der modernen Arbeiterbewegung nolenis volens in die Arme getrieben. Das wird das Resultat sein, deshalb freuen wir uns, auch solche treue Bundesgenossen gefunden zu haben. Nur dem allzu großen blinden Ueberzeiger, mit dem man vor uns graulich zu machen sucht, und Lokalinhaber beeinflusst, können wir trotz des uns eigenen unwürdlichen Humors nicht zustimmen. Im ganzen Lande werden zur Erhaltung des „goldenen“ Handwerks Innungen — Handwerker-Organisationen — mit behördlicher Unterstützung ins Leben gerufen, aber das Koalitionsrecht der Arbeiter sucht man auf alle Art zu verkümmern, event. nicht zur Ausführung kommen zu lassen. Man verteuert die Lebensmittel, verlangt Steuern und Abgaben aller Art, sogar Vaterlandsliebe in Ueberfluß, aber mit den Rechten, da hapert's gewaltig. Warum? Nun, weil wir in einem Klassenstaat leben, wo einerseits Begünstigung und andererseits Unterdrückung vorherrschend ist.

Trotz alledem wird und muß es unsre Aufgabe sein, mit allen gesetzlichen Mitteln, ungeachtet aller Hindernisse, Aufklärung in die schwarzdunkeln Domänen hineinzufragen, damit auch dort das Klassegefühl seinen Einzug hält.

Dies, organisierte Steinarbeiter und Genossen, soll eure Pflicht sein.

Man kann aber auch in Elsaß-Lothringen, wenn es sich um die Hebung des Patriotismus handelt, ganz anders vorgehen, wie nachstehender Vorfall bezeugen wird. Am 7. Januar machte der Gemeindediener in Schönburg (Elsaß) durch die Dorfschelle bekannt, daß den andern Tag punkt 11 Uhr sämtliche gewesene Soldaten sich im Gemeindehause bei dem Polizeikommissar einzufinden hätten. Die so Aufgeforderten leisteten Folge und mit einem Hoch auf den Kaiser eröffnete der Kommissar die Versammlung und forderte die Anwesenden auf, einen Kriegerverein zu bilden; es kostete monatlich nur 30 Pfg. und die Sache wäre fertig. — Die Krieger waren sehr enttäuscht, denn die meisten von ihnen arbeiten in den eine Stunde entfernten Steinbrüchen und hatten, um der Versammlung beizuwohnen, einen Taglohn veräußert, den ihnen niemand ersetzt. Einer der Anwesenden teilte daher dem Kommissar auch offen mit, daß er und die meisten Anwesenden für einen Kriegerverein nicht zu haben seien. Wenn aber die Regierung durchaus etwas für sie tun wolle, so soll ihnen das entzogene Waldrecht wieder gegeben werden. Als das der Polizeikommissar hörte, ging er mit dem Bürgermeister betäubten Herzens von dannen.

Dies ist ein Gegenstück zu dem Vorgehen gegen Steinarbeiter, denen jüngst in Lützelburg das Lokal zu einer Besprechung abgetrieben wurde, die dann nach Pfalzburg gingen, da aber durch den Polizeikommissar mit bewaffneter Begleitung wieder vertrieben wurden — und gegen die nun noch strafrechtlich vorgegangen werden soll! Und nun sollen sie auf Kommando eines Polizeikommissars Kriechervereiner werden? Der Polizeikommissar müßte auch bestraft werden wegen Ueberstreichung seiner Amtsbefugnis und dann wegen einer nicht angemeldeten und nicht genehmigten politischen Versammlung; politisch war sie schon durch das Kaiserhoch und dann durch die Aufforderung zur Gründung eines Kriegervereins; denn diese sind unbedingt politisch. Erfreulich ist es, daß diese Vaterlandsverteidiger es einfach ablehnten, einen Kriegerverein zu gründen; demnach scheint es, daß es in dem Steinbruchgebiete auch zu dämmern anfängt und daß die behördlichen Maßregeln eine ganz gute Agitation zur Aufklärung der Arbeiter sind.

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Der Bauarbeiterkongress findet, wie mitgeteilt, am 29. und 30. eventuell auch noch am 31. März laufenden Jahres statt und zwar in Berlin.

Diejenigen Zahlstellen der Steinarbeiterorganisation, welche gedenken, Delegierte zu entsenden, können sich behufs Erlangung von Mandatsformularen hieher wenden. Wir dürfen wohl erwarten, daß verschiedene Orte wegen der Wichtigkeit des Kongresses Vertretungen entsenden.

Die Kosten der Delegation hat jeder Ort selbst zu tragen.

Wir bitten, die Adressen der Lokalverwaltungen, soweit dies noch nicht geschehen, einzusenden und sich der Adressenliste als Drucksache dazu zu bedienen, um ein vollständiges Adressenverzeichnis herzustellen.

Für Reisende: Klostok zahlt 4 Tage Reiseunterstützung; es ist das versehentlich auf der Karte nicht bemerkt.

Auf vieles Verlangen nach Handzetteln zur Einladung von Versammlungen, ersuchen wir, dieselben soviel als möglich von der Zahlstelle auf ihre Kosten selbst herstellen zu lassen. Erstens müßte die Anfertigung zu verschieden sein, zweitens müßte, wenn von uns nach einem Schema solche hergestellt würden, zuviel darauf ausgefüllt werden, so daß es eine Erleichterung nicht darstellte.

Da eine größere schriftstellerische Arbeit über Tarifgemeinschaften in Aussicht steht, sind auch wir angegangen worden, soweit innerhalb unserer Organisation Tarifvereinigungen bestehen, das Material zu liefern. Wir ersuchen unsre Kollegen in allen Zahlstellen, uns 3 Exemplare ihrer Tarife mit Angabe der Kündigungs- und Ablaufzeiten zuzustellen, damit wir der Anforderung genügen können.

Nachdem trotz der wiederholten Aufforderung unsererseits, die Reste zu begleichen resp. abzurechnen, von einer Anzahl Zahlstellen nicht nachgekommen wurde, sei hier nochmals

darauf hingewiesen, daß wir in der nächsten Nummer die Restanten veröffentlichen werden.

Die mit dem Zentralvorstand oder der Redaktion korrespondierenden Kollegen werden ersucht, bei dem Einenden der Briefe, deren Inhalt mehreren Beamten hauptsächlich wegen Bestellung der verschiedensten Materialien zur Kenntnis gelangen soll, stets für jeden ein besonderes Blatt Papier zu benutzen. Nur wenn dieser Befehl nachgekommen wird, wird eine Verzögerung in der Ausführung von Bestellungen vermieden werden.

Ferner mögen die Kollegen beim Einenden der Gelder stets angeben, welche Posten bereinigt werden sollen.

Der Zentralvorstand.

### Korrespondenzen.

An die Schriftführer richten wir die Bitte, für die Versammlungsberichte sogenannte Oktavbogen (ca. 15 x 23 cm) zu verwenden, mit Linie und nur auf einer Seite zu schreiben.

**Brackwe.** Am Sonntag, den 1. Februar, fand im Lokal des Herrn Besmeier eine Besprechung statt. Als 1. Punkt wurde die Jahresabrechnung vorgelegt. Selbige ergab eine Einnahme von 208.30 Mk. und eine Ausgabe von 154.40 Mk., so daß ein örtliches Vermögen von 53.90 Mk. verbleibt. Auf Antrag der Revisoren wurde darauf dem Kassierer Decharge erteilt, da sich Bücher und Kasse in Ordnung befanden. Zu Punkt 2 verschiedenes wurde getabelt, daß der Zentralvorstand trotz vieler Proteste in Betreff der Reiseunterstützung noch keine Aenderung getroffen habe.

**Berlin II.** Am Dienstag, den 30. Januar, fand hier im Englischen Garten eine Versammlung der Marmorarbeiter Berlins und Umgegend statt. Zu Punkt 1. Vierteljahres- und Jahresbericht, nahm der Vertrauensmann das Wort. Nachdem dieser seinen Bericht vorlesen und die Revisoren die Richtigkeit der Kasse bestätigt hatten, wurde dem Vertrauensmann Decharge erteilt. In Punkt 2 wurde der Beitritt zum Zentralverband einstimmig beschlossen. Nachdem der in der letzten Versammlung als 1. Vorsitzender gewählte Kollege ablehnte, wird Kollege Muriset als 1. Vorsitzender gewählt, und ist damit die Zahlstelle Berlin II gegründet. Es wurde sodann die Gründung einer örtlichen Krankenzuschkasse beschlossen. Die den Kollegen vorgelegten Paragraphen wurden, nachdem sie einige kleine Abänderungen erhalten haben, einstimmig angenommen, somit tritt die örtliche Krankenzuschkasse mit dem 1. Februar 1903 in Kraft. Unter Verschiedenem wurden einige örtliche Angelegenheiten besprochen und um 12 Uhr die Versammlung geschlossen.

**Deutmannsdorf (Schlesien).** Bei der Firma Karl Mer u. Co. (Inhaber L. Nigg) haben die Steinmehlen mit traurigen Umständen zu kämpfen. Trotzdem der Tarif hier schon so gestellt ist, daß der mittlere Arbeiter seinen Lebensunterhalt kaum verdienen kann, versucht es der Herr Geschäftsführer, uns auf jede Art und Weise den Tarif noch zu kürzen. Er versteht es sogar, diejenigen Kollegen, die ihr Recht verlangen, einfach zu entlassen. Seitdem hier einige Fremde arbeiten und sich die Behandlung von seiten des Geschäftsführers nicht gefallen lassen, werden sie mit den einfachsten Worten: „Wem's nichts paßt, kann gehen“, abgepeit. Was die Bundesratsverordnungen betrifft, so haben wir von derselben außerordentlich viel gutes, nämlich, daß dieselbe angehängen ist. Wenn wir nicht bald Wanderung geschaffen wird, so sind wir gezwungen, die Gewerbeinspektion in Kenntnis zu setzen. (Da droht man nicht lange, so etwas macht man sofort. Die Reb.) Was die Arbeitsstunden anbelangt, so sind dieselben in einem so schlechten Zustande, daß es jeder Beschreibung spottet. Wer vielleicht denkt, daß er in der Wude vor Regen geschützt ist, der ist entschieden im Irrtum. Zu bemerken sei noch, daß die Wuden hier gar nicht zureichen und verschiedene Kollegen sind dem Wind und Wetter ausgesetzt. Wir hätten hier noch viel mehr Mängel anzuführen, aber wir halten dieses für zureichend und hoffen, daß diese angeführten bald Wanderung erfahren werden.

**Häslacht (Schlesien).** In der am 25. Januar in Dähdorf tagenden Versammlung gab der Vertrauensmann die Abrechnung bekannt. Es ergab das letzte Vierteljahr eine Einnahme von 827.24 Mk. und eine Ausgabe von 689.66 Mk. Die Jahresrechnung betrug 1574.27 Mk., die Ausgabe 1436.69 Mk. Es verbleibt ein Barbestand von 137.58 Mk. Die Abrechnung der Krankentasse ergab ein Einnahme im letzten Quartal 290.67 Mk., die Ausgabe betrug 38.75 Mk., die Jahresrechnung betrug 468.15 Mk., die Ausgabe 216.23 Mk. Es verbleibt ein Bestand von 251.92 Mk. Die Abrechnung ist geprüft und für richtig befunden worden. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: Oswald Hasler als Vorsitzender, H. Jakob als Kassierer, J. Reich als Beisitzer. Als Revisoren wurden die Kollegen A. Schramm und R. Reimann gewählt. Letzterer und Kollege W. Günzel wurden ins Gewerkschaftsamtell zu Striegau gewählt. Unter Verschiedenem wurde beschlossen, den noch schuldigen Betrag an das Gewerkschaftsamtell zu zahlen. Die Höhe der Beitragsleistung bleibt wie bisher. Wann die Mitgliederversammlungen stattfinden sollen, ist dem Vorstand überlassen. Nachdem noch verschiedene Sachen erörtert und der Vorsitzende der Hoffnung Ausdruck gab, daß, wenn jeder organisierte Kollege seine Pflicht auch in agitatorischer Beziehung tue, wir vorwärts kommen. Kollegen, agitiert für den Verband.

**Königsberg i. Pr.** Am Sonntag, den 25. Januar, tagte hier eine gutbesuchte Versammlung. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vorstandswahl, 2. Verschiedenes. Es wurde sofort zur Wahl geschritten. In den Vorstand wurden gewählt als Vorsitzender Kollege Gebatis, als Kassierer Kollege Gessel und als Schriftführer resp. Beisitzer Kollege Deu. Als Revisoren wurden die Kollegen Hoffmann und Mangnid gewählt. Nachdem noch einige Sachen im Verschiedenen besprochen worden, schloß unser Vorsitzender mit einem dreimaligen Hoch auf unsern Zentralverband die Versammlung.

**Reichen.** Sonnabend, den 24. Januar, fand eine öffentliche Mitgliederversammlung der Steinarbeiter in der Goldenen Weintraube hieselbst statt. Die Tagesordnung lautete: Bericht der Tarifkommission und Beschlusfassung. Bevor in die Tagesordnung einzutreten wurde, gab der Vorsitzende bekannt, daß unser treuer Kollege und früherer Vertrauensmann Joseph Sartor vormittags 11 1/2 Uhr gestorben sei und ersuchte die Versammlung zu Ehren desselben sich von den Plätzen zu erheben. Dieses geschah. Es wurde in die Tagesordnung eingetreten. Die Kommission brachte den neu einzureichenden Tarif zur Berlesung, er wurde in geheimer Abstimmung gegen 1 Stimme angenommen. Anschließend knüpfte sich eine längere und erregte Diskussion über die von Herrn Köhler gebrachte Berichtigung von dem Versammlungsbericht in Nr. 2 des Steinarbeiter betreffs der Pfalsterstein-Vossierer. Auch kam ein Brief zur Berlesung, welchen Herr Köhler an den Vertrauensmann gelangen ließ, der bestimmt war, die Anmerkung der Redaktion zu widerlegen, da dieser Brief keine genügenden Gründe zur Widerlegung enthielt, so wurde er ohne Diskussion zurückgelegt. Dem Herrn Köhler können wir nur mit großem Dank entgegenkommen; er hat uns durch dieses Vorkommen eine starke Organisation entgegengebracht. Eins sei hiermit aus diesem Brief erwähnt: Wir sind weit davon entfernt, Herrn Köhler abzuverlangen, daß er uns in 3 Tagen das bezahlen soll, was wir in 6 Tagen verdienen könnten. Wenn das ein Vossierer gegen Zeugen gesagt haben soll, so können wir nicht verantwortlich gemacht werden. Ein zielbewußter Arbeiter will an sechs Tagen seine Arbeit verrichten. Zu Punkt Vereinsangelegenheiten wurde beschlossen, jeden ersten Sonnabend im Monat eine Versammlung abzuhalten. Ferner wurde Kollege Böhlmann in das Gewerkschaftsamtell wieder gewählt. Da vom Gewerkschaftsamtell am 1. Februar eine allgemeine Arbeitslorenzählung vorgenommen werden sollte, wurde von demselben ein

Appell an alle Gewerkschaften gerichtet, eine bestimmte Zahl von Mitgliedern zu stellen. Die Steinarbeiter hatten sechs Mann zu stellen, die sich freiwillig meldeten. Da nun die Zeit weit vorgeschritten war, wurde die Versammlung geschloffen.

**Niesja.** Am 4. Februar tagte hier eine schwach besuchte Mitgliederversammlung. Der Vertrauensmann gab zunächst bekannt, daß zwei neue Revisoren zu wählen sind, da die früheren abgereift sind. Es wurden die Kollegen Reichelt und Rudolf gewählt. Als ständiger Schriftführer wurde Kollege Edel gewählt. Eine lebhafte Debatte entspann sich anlässlich der Mißstände im Granitbruch von Nord u. St. in Gröba. Die Kollegen wurden durch den Bruchmeister schon öfter zu Beschwerden veranlaßt, da dieser im Bohren und Sprengen wenig Kenntnisse hat und dadurch das Bohren und Bearbeiten der Steine sehr erschwert. Auch läßt das Benutzen dieses Herrn den Kollegen gegenüber viel zu wünschen übrig. Als fützlich die Kollegen zu ernsteren Unterhandlungen schreiten wollten, wurden sie im Bodenrecht belästigt, und es wurden am andern Tag 7 Mann entlassen, angeblich wegen Mangel an Arbeit. Es wurde von einer Arbeitsniederlegung abgesehen. Die Sache soll, wenn wieder Veranlassung dazu gegeben wird, ohne weiters bis zum äußersten verfolgt werden. Wegen Kündigung beider Seiten sind einige Kollegen, wurden jedoch an das Gewerbe-Schiedsgericht verwiesen. Die Versammlung protestiert gegen die Einführungen der Zentralleitung betr. der Tagelöhner und empfiehlt der Zentralleitung, daß in einer Zahlstelle bis 5 Tage ausbezahlt werden können, je nachdem, wie lange ein reisender Kollege gearbeitet ist. Für Bemühungen der örtlichen Verwaltung werden 5 Proz. von den Beitragsmarken gewährt.

Am 3. und 4. Januar haben die schon erwähnten Unterhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer stattgefunden, zwecks Regelung des am 1. April ablaufenden Tarifs. Es waren 20 Kollegen, meist verheiratet, und 2 Arbeitgeber anwesend. Die lange Arbeitslosigkeit und der schlechte Geschäftszugaben Veranlassung, daß mancher Kollege mit großer Spannung diesen Tagen entgegengeht, in der Hoffnung, daß durch einen event. Prozentabzug auch bald Arbeit nach Niesja kommen würde. Durch schöne und hoffnungsvolle Reden der Arbeitgeber, daß bei einem Abzug von 15 Prozent oder noch mehr (!) auch sie wieder konfurrteren können und daß es doch besser wäre, hier am Ort billiger zu arbeiten als auswärts, wo man doppelte Wirtschaft zu verjorgen habe, ließ man sich überreden, und es wurden, bei Abwesenheit der Arbeitgeber, 10 Prozent des bestehenden Tarifs abgezogen. Die Abstimmung erfolgte per Stimmzettel. Am 2. Unterhandlungstag wurde das Resultat den Arbeitgebern mitgeteilt. In aller Eile wurde nun ein Protokoll angefertigt, in welchem es u. a. heißt: „Auf ein weiteres Zurückgehen der Löhne war die Versammlung nicht zu bewegen, obgleich dieses mehr im Interesse der Arbeitnehmer als der Arbeitgeber liege.“ Ferner: „Die Bestimmungen treten infolge der herrschenden Krise sofort in Kraft!“ Letzteres kam aber sehr überraschend, da der Tarif doch erst am 1. April abläuft. Nach eingehender Debatte wurde diesem aber noch zugestimmt, um die Verhältnisse auch sofort zu verbessern. Schwer gefächelt sieht man sich aber heute, wo man sich damals in der besten Arbeit zu stehen glaubte. Auch ist bis auf unabwehrbare Zeit nicht daran zu denken, daß hier wieder einmal Arbeit werden soll. Die 10 Prozent aber, die hier leistungsgerecht abgetreten worden sind, werden wohl schwer wieder zu erringen sein.

**Nostof.** Am 31. Januar fand im Gewerkschaftshaus eine mäßig besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Zum Punkt 1 der Tagesordnung legte der Vertrauensmann die Abrechnung vom 4. Quartal vor, welche von den Revisoren geprüft und richtig befunden wurde. Hierauf wurde dem Vertrauensmann Entlastung erteilt. Punkt 2: Neuwahl. Da die Mitgliederzahl am Orte augenblicklich eine kleine ist, wurden die Kassengeschäfte dem Vertrauensmann wie bisher überlassen. Gewählt wurde als 1. Vorsitzender W. Dahnner, als Schriftführer Kneische, als Revisoren Weiphal, Hoffmann und Fritz Vog, als Kartellbeauftragter C. Retzowski. Zum Punkt Verschiedenes wurde beschlossen, das Ortsgeheim von 1 Mk. für reisende Kollegen wie bisher zu belassen. Ferner die Krankeunterstützung pro Woche 4 Mk. von der zweiten Woche an zu bezahlen. Dann wurden noch einige örtliche Angelegenheiten geregelt, und gab der schwache Besuch der Versammlung Anlaß zu einer heftigen Kritik gegen diejenigen Kollegen, welche meistens durch Abwesenheit glänzen. Die Betroffenen denken, jetzt sind wir Euch ja aus den Fingern, wir haben's nicht nötig; wir werden uns dieselben aber wohl merken und dieselben zu würdigen wissen.

**Nothenburg a. T.** Mittwoch, den 4. Februar, fand hier eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt, welche leider sehr schlecht besucht war! Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, erklärten die Revisoren die letzte Abrechnung für richtig. Der Vertrauensmann erläuterte in kurzen Worten die neue Verhandlungsform und erklärte, daß zum Liebertritt in den Verband ein neuer Vorstand gewählt werden müsse. Es wurde sodann zur Wahl geschritten, woraus Kollege Schiffer als 1. Vorsitzender, Kollegen Schläfer und Sauner als Stellvertreter hervorgingen. Als Revisoren wurden die Kollegen Kolb und Grafmann gewählt. Im Punkt Verschiedenes wurde beschlossen, in Parterschhofen alle 8 Tage eine Zusammenkunft der dortigen Kollegen zu veranstalten, um dadurch eine größere Einigkeit zu erzielen, was auch gut geheißen wurde. Eine rege Debatte entspann sich über den Platz C e a r t. Es ist unbeschreiblich, in welcher Art und Weise die Kollegen daselbst ausgebeutet werden und mit welchem geringem Lohn sie abgespeist werden. Wer schon bei C e a r t gearbeitet hat, der kennt ja die dortigen Verhältnisse. Wollte man die Mißstände alle schildern, so würde man den ganzen Steinarbeiter dazu benötigen, aber dennoch ist der Vater von S. C e a r t im Reichstag als Volksvertreter. Derselbe ist Mitglied der Freijüngigen Volkspartei.

**Strasburg (Elsaß).** In der Mitgliederversammlung vom 1. Februar fand die Wahl der Ortsverwaltung statt. Es wurden gewählt: Gauger als Vorsitzender, Nid als Kassierer, Diebold als Schriftführer und die Kollegen Armbruster und Waldhardt als Revisoren. Am weiteren tagtate die Lohnkommission Bericht über die am 20. Januar tagende Sitzung mit der Innung. Da die Meister sich ablehnend verhielten, wurde beschlossen, in dieser Angelegenheit eine öffentliche Versammlung abzuhalten, daß sich jedoch der Vorstand mit der Zentralleitung in Verbindung setze, damit sie eventuell einen Vertreter sende. Unter Verschiedenem gibt der Vorsitzende bekannt, daß Kollege Schönebe den Brief nicht an den Vorstand abgegeben hat. (Schönebe hat vor einigen Wochen einen solchen von Leipzig erhalten, aber anonym (?), worin über die Höhe des Losalfonds Erfindungen eingeschoben werden sollen, resp. soll derselbe nach Leipzig abgegeben werden, auch werden Kollegen darin verdächtigt.) Er erklärt diesen Brief als Privatangelegenheit, weshalb er ihn nicht herausgibt. Auf Grund seines Benehmens wurde er nach dem alten Statut aus dem Verein ausgeschlossen, weil er seit Januar noch keine Beiträge bezahlt hat. Ferner ist die Herberge des Kollegen Bau vom Gewerkschaftskartell als Zentralherberge erklärt worden. Die Beiten werden den organisierten Arbeitern bis Abends 8 Uhr reserviert gehalten. (Ann. der Redaktion. Anonyme Schreiben werden von hier nicht versandt. Sch. schrieb feinerzeit im Auftrag der gewählten Kommission, die sich notwendig machende Korrespondenz wurde mit ihm von der Geschäftsleitung nach dieser Richtung hin gepflogen.)

**Alt-Wartbau.** II. Hier tagte am 25. Januar eine mäßig besuchte Steinarbeiterversammlung, welche sich mit der Tarifkündigung zu beschäftigen hatte, es sollte eine dreigliedrige Kommission gewählt werden; es wurde aber Abstand genommen, weil ein Platz schwach vertreten war, die Wahl wurde daher auf den Plätze vorgenommen, und das Resultat dem Vorstände mitgeteilt. Ferner wurde das Verhalten der Polizei bei der jetzigen Geschäftsleitung getadelt. Vergangenen Sommer konnten die Arbeiter bei einer Firma (Zeidler u. Wimmel) nicht genügend arbeiten; von den Arbeitern auf eine im Winter eintretende Arbeitslosigkeit aufmerksam gemacht, wurde ihnen das in Abrede gestellt, vom Polier wurde den Leuten sogar versichert, der Winter wird besser als der Sommer, diesen Winter gibt es Arbeit;

aber weit gefehlt, das Resultat war Arbeiterentlassungen; es wäre zu wünschen, wenn der betreffende Polier sein gegebenes Versprechen bald einlösen möchte. (???) Ferner hatte bei vielen Kollegen eine Ansticht Platz gegriffen, die nicht zu billigen ist. Der örtliche Fonds war operationsbedürftig, der Operateur (Antragsteller) hat das Operationsobjekt so verstimmt, daß fast nichts mehr übriggeblieben ist. Nun, Kollegen, Euer Wunsch ist erfüllt, nun zeigt aber, daß Ihr ganze Männer seid, und nicht, wie im vorigen Jahre, nachdem die Unterstützung ausgezahlt war, der Organisation heimtückisch den Rücken kehrt, also tut Euch zusammen, was uns bevorsteht, wird wohl einem jeden klar sein. Anmerkung. Zur weiteren Information siehe Eingeladene Alt-Wartbau.

**Würzburg.** Am 1. Februar 1903 tagte eine gut besuchte Mitgliederversammlung, welche sich mit der Tagesordnung beschäftigte: 1. Wie sind die Mißstände auf dem Platz Wagner zu beseitigen. Hierzu wurde besprochen, daß ein Kollege beim Gewerbeinspektor vorstellig werden soll, um die haarsträubenden Mißstände zu beseitigen, was aber schon bereits erledigt war. Punkt 2. Wahl eines zweiten Kartelldelegierten. Hierzu wurde Seb. Sauer gewählt. Punkt 3. Wahl des Gauvorsitzenden. Es entwickelte sich hierüber eine längere Diskussion. Es wurden folgende Kollegen gewählt: Felix Kohlkepp als Gauvorsitzender, Cusebius Rauch als Gaukassierer und als Schriftführer Sebastian Sauer. In der Wahl selbst bereitigten sich Vertreter von Grünfeld und Nothenburg a. T. Zu Punkt Verschiedenes wurde besprochen, mit der Durchführung der Bundesratsvorschriften noch einige Wochen zu warten, bis die Konjunktur eine bessere ist.

Welches Interesse dem Verbands von einigen Kollegen entgegengebracht wird, bezeugen eine Anzahl Zuschriften, welche beim Zentralvorstand eingelaufen sind. Wir veröffentlichen zum Beweis nachfolgenden Brief, der uns zugeht, als wir uns weigerten, neue Bücher auszustellen, weil die alten Bücher nicht in Ordnung waren — es fehlten die Extrasteuermarken. Verschiedene Rücksichten halten uns ab, andre noch unangenehmere, ja beleidigende Ausäußerungen, hier bekannt zu geben. Zur Probe nur eine harmlosere; dieselbe beweist zur Genüge, von den verständigen Ausführungen über politische Organisation und die Reichstagswahl abgesehen, wie schwer der gewerkschaftliche Organisationsgedanke noch erfaßt wird, trotzdem der Kampf zwischen Unternehmern und Arbeitern immer schärfere Formen annimmt.

Dessau, 2. Februar 1903.  
Herrn Starke, Leipzig.

Da wir uns entschlossen hatten, dem Verband als Einzelmittglieder weiter anzugehören, wurden wir leider eine bittere Erfahrung machen, indem uns aus Kleinlichen Gründen die Mitgliedschaft verweigert wurde. Wir waren bis dahin gut, indem wir unsere Beiträge vielleicht so pünktlich leisteten wie jeder andre; aber freilich, die Herren, die vielleicht 20 Markten im Jahre bezahlt und Extrasteuern entrichteten, die sind die angesehenen, aber mer 52 Markten im Jahre bezahlt und keine Extrasteuern hat, der ist ein Bummelant, der verdient, nicht in den Verband aufgenommen zu werden. Ich erkläre hiermit, daß uns ja persönlich auch der Verband nichts nützt, denn da haben wir schon zu gute Erfahrungen hinter uns. Die Wieder sind für Pünge, Steuermann und Röder ebenfalls als Paul Röder, Dessau, Gaubestrafz 10 b, zurück zu schicken. Sollte einmal Neigung vorhanden sein, später, nach dem 1. April, dann haben wir doch das um ein Bedeutendes billiger, Mitglied zu werden, als heute. Aber ich versichere Euch, daß wenn alle Bücher hätten revidiert werden müssen, es wohl traurig aussehen würde mit der Zahl, die ausstandslos in den Verband übergehen konnten. Wir haben von dem Verband der Steinarbeiter, wie die Dinge in Dessau liegen, nichts zu erwarten, folge dessen werden wir etwas mehr für die politische Organisation tun, (?) welche uns doch auch etwas nützt. Auch ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß wir irgendwelchem andern Gewerkschaftsverband uns anschließen werden. Seid deshalb guten Muts, wie wir es auch sind, und schickt schleunigst unsere Bücher, da wir nicht gewillt sind, auch nur einen Pfennig nachzugeben. Lieber opiere ich das Geld für die Reichstagswahl, wo es so nötig gebraucht wird wie in Leipzig.

Wer ohne Kopfschmerz seine Arbeit verrichtet, verdient für geachtet zu werden, wer aber Hagt ohnedem ist nicht wert, daß er weiter existiere, noch sonst Handlungen vornimmt, die er nicht schämen kann.

Bitte die drei Bücher frankiert zurück an meine Adresse.  
Hochachtungsvoll  
J. A. Paul Röder, Steinmeh.

## Soziales.

**Arbeitslosenzählung der Steinarbeiter.** Am 23. und 24. Januar wurde von der Organisation der Steinarbeiter von Dresden und Umgegend eine Arbeitslosenzählung vorgenommen. Es wurde dabei eine einmalige kleine Unterstützung, bestehend in Vorkosten, verabreicht; die Beteiligung war eine starke. Es meldeten sich insgesamt 208 arbeitslose Kollegen, darunter elf frange verheiratete mit 22 Kindern. Diese elf Mann hatten 82 Wochen Krankheitsdauer zu verzeichnen, die andern 197 arbeitslos, 162 Verheiratete, 35 Ledige, waren zusammen 1601 Woche arbeitslos. Die 162 Verheirateten hatten insgesamt 400 Kinder unter 14 Jahren zu ernähren. Die höchste Zahl betrug neun Kinder (in einem Falle). Die 162 Verheirateten waren zusammen 1313 Wochen, die 35 Ledigen 288 Wochen arbeitslos. 104 Mann wohnten in Dresden, die übrigen in den umliegenden Vororten bis Rößchenbrda und Müglitz. Mancher dieser Arbeitslosen sieht mit bangen Blicken in die Zukunft; zehn oder noch mehr Wochen der Arbeitslosigkeit stehen ihm sicher in Aussicht. Der Stadt-Bauverwaltung Dresden mögen diese Zahlen dazu dienen, soweit es in ihren Kräften steht, Arbeitsgelegenheit für die Arbeitslosen zu schaffen, und bei Vergebung von Steinmearbeiten die Unternehmer zu zwingen, die Arbeit sofort in Angriff zu nehmen.

**Kapitalistische Wohltätigkeitseinrichtungen.** Die braunschweigische Polizeidirektion gab der Braunschweigischen Maschinenbauanstalt auf, 180000 Mk. im Betriebe stehende Gelder der Arbeiter-Pensionskasse binnen 14 Tagen mündelischer anzulegen. Das von der Maschinenbauanstalt hierauf angerufene Verwaltungsgericht erklärte sich unzuständig. Das Einschreiten der Polizei geschah erst auf Drängen der Arbeiter. Natürlich hatte die Direktion das Geld verbraucht! Um das Geld jetzt zu erhalten, werden die Aktionäre um 33 1/2 Prozent Nachzahlung ersucht.

Es ist natürlich leicht, mit fremdem Gelde einen Betrieb zu erhalten. Das trägt einmal gute Zinsen und mit der „Pensionskasse für Arbeiter“ wird obendrein als einer „Wohlfahrts-einrichtung“ (siehe Krupp!) renommirt. So lohnt sich das „Wohltun“ doppelt.

Wir sind überzeugt, daß es in manchem Betriebe hapern würde, wenn die Mittel dieser „Wohltätigkeits“-Einrichtungen flüchtig gemacht werden sollten. Viele Unternehmer sehen zweifellos diese Pensionskassen als „Reservefonds“ an, die zu kritischen Zeiten vor Angriffen nicht sicher sind.

**Dem Bundesrat** ist die von der Arbeiterschaft schon so lange erwünschte Novelle zum Krankenversicherungsgesetz zugegangen, und ist dieselbe auch schon in den Tagesblättern veröffentlicht worden. Daß die Novelle nicht so aussieht, wie man sie im Interesse der Arbeiterschaft verlangen konnte, war vorauszusehen. Jedoch wird eine große Lücke geschlossen für die Versicherten, deren Kassen nur 13 Wochen Unterstützungen gaben.

Dies soll nun auf 26 Wochen ausgedehnt werden und wäre somit der Anschluß an die Invaliditätsversicherung für viele Arbeiter erreicht. Jedoch will uns das plötzliche Einbringen der Novelle und noch vielmehr der schon bereits in Aussicht gestellte Termin des Inkrafttretens derselben (1. Juli 1903) verdächtig erscheinen. Die Materie soll in wenigen Monaten durchgepeitscht werden. Bekanntlich sind in diesem Sommer die Wahlen zum Reichstag, und da ist es notwendig, vorher etwas Balsam auf die Wunden des Volkes, die der Zolltarif geschlagen hat, zu legen. Wir werden bei der Wichtigkeit, die diese Novelle für die Arbeiter hat, bei Beratung derselben nochmals ausführlicher darauf zurückkommen.

## Gerichtliches.

**Schadenersatzpflicht durch Streikposten.** Das Aufsehen erregende Urteil des Charlottenburger Gewerbegerichts, in dem die Schadenersatzpflicht durch das Aufstellen von Streikposten ausgesprochen wurde, hat jedenfalls den Beifall der Unternehmer gefunden. Das Zentralblatt f. d. D. B. fordert in der Nr. 6 die Arbeitgeber auf, in allen Fällen, in denen sie von kontraktbrüchigen Putzern oder Steinträgern auf Zahlung der einbehaltenen Lohnsummen verklagt werden, sofern der Bau von Streikposten beobachtet und Arbeitswillige von der Sperre benachteiligt worden sind, die Widerklage wegen Schadenersatz zu erheben.

Wir können nun mitteilen, daß sich mit dieser Auffassung des Charlottenburger Gewerbegerichts auch noch das Landgericht wird zu befaßt haben, da es sich bei dem Klageobjekt nicht nur um 49 Mk., sondern um acht Beteiligte mit je einer Forderung gleicher Höhe handelt. Das Gewerbegericht hatte die Klage zu einer verschmolzen, wodurch es uns möglich wurde, diesen allgemein interessierenden Rechtsstandpunkt bis zur höchsten Instanz zu bringen. Der Termin ist bereits auf den 18. Februar anberaumt und wir nehmen bestimmt an, daß hier das Gewerbegerichtsurteil kassiert wird.

## Rundschau.

**Der Streik der Leipziger Steinbildhauer ist aufgehoben!** Genau nach 13wöchiger Dauer ist der Kampf von den Streikenden ohne Resultat eingestellt worden. Was man bis vor kurzem noch für unmöglich gehalten hat, ist eingetreten. Innerhalb der letzten 14 Tage ist ein Zugung von Arbeitswilligen zu verzeichnen gewesen, der zwar anfangs zu Bedenken keinen Anlaß gab, der aber in der letzten Woche dermaßen überhand genommen hat, daß der Streikleitung eine Fortführung des Streiks unter diesen Umständen untullich erschien. So hat sich die Zahl der Arbeitswilligen plötzlich und unerwartet auf mehr als 20 gesteigert.

Wer diese Leute sind, woher sie kommen und was sie zu dem Verrat an ihren streikenden Kollegen veranlaßt hat, darüber ist bisher nichts festzustellen gewesen. Es kommt ferner in Betracht, daß Arbeiten an Privatbauten, die von einer Anzahl Meister in Gemeinschaft mit einigen Hausrentnern ausgeführt worden sind, ihrem Ende entgegengehen und daß deshalb befürchtet werden muß, diese Leute werden auch die notwendigsten Arbeiten am Rathausneubau ausführen.

Vor allem aber haben die Verhandlungen am Einigungsamt die ganze Schlage grell beleuchtet. Es kann danach gar kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß die Arbeitgeber eine Einwirkung des Rates gegen ihre arbeitserfindlichen Absichten in keiner Weise zu befürchten haben, man kann sogar annehmen, daß ihnen in den Lieferungsfristen der weiteste Spielraum eingeräumt worden ist; damit ist die Behauptung, daß bei Bauten, die von Behörden ausgeführt werden, in bedeutend geringerem Maße auf die Unternehmer eingewirkt werden kann, als bei Privatbauten, erneut bestätigt worden.

Statt sich die bedingungslose Unterwerfung unter die diktatorischen Bestimmungen der Unternehmer durch das Einigungsamt beständigen zu lassen und um möglichst zu verbüßen, daß die Rathausarbeiten ausschließlich durch Arbeitswillige hergestellt werden, haben sich die Streikenden, wenn auch mit Widerstreben, dazu entschlossen, den Kampf selbst zu beenden. Es muß lobend anerkannt werden, daß die Ausständigen, mit Ausnahme von drei Personen, von Anfang bis zu Ende geschlossen im Kampfe ausgeharrt haben. Bei der Ausdauer und dem Opfermut der Leipziger Steinbildhauer wäre es leicht gewesen, den Streik noch wochenlang aufrecht erhalten zu können. Angesichts der plötzlich aufgetauchten Arbeitswilligen scheint aber eine Fortführung des Streiks vorläufig aussichtslos.

**Schiedsgerichte für Arbeitsstreitigkeiten.** Die schwedische Regierung hat dem Reichstag einen Gesetzentwurf über Vermittlung in Arbeitsstreitigkeiten vorgelegt, der der Hauptsache nach folgendes enthält:

Das Reich wird in Distrikte eingeteilt und für jeden Distrikt ein Vergleichsmakler von der Regierung eingesetzt, dessen Aufgabe sein soll, an der Lösung von Konflikten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern sowie zwischen Gruppen von Arbeitern mitzuwirken. Der Vergleichsmakler soll die Arbeitsverhältnisse innerhalb seines Distrikts aufmerksam beobachten und für die Errichtung von Vergleichskommissionen und Schiedsgerichten zu wirken, mit Rat und Aufführung assistieren sowie an der Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten mitwirken. Wenn Streitigkeiten ausbrechen, soll der Vergleichsmakler persönlich eingreifen, die streitenden Parteien auffordern zu verhandeln und versuchen eine Lösung des Konflikts herbeizuführen. Er kann Sachverständige berufen, die aus den Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Distrikts zu wählen sind und mit dem Vergleichsmakler zusammen eine Vergleichskommission bilden. Kommt kein Vergleich zu stande, so kann der Vergleichsmakler die streitenden Parteien auffordern, Schiedsrichter zur Entscheidung des Konflikts zu wählen. Die Rechtskraft von Uebereinkommen und anderen Beschlüssen wird nach den Bestimmungen der allgemeinen Gesetzgebung festgelegt. — Es wird vorgeschlagen, daß das Gesetz am 1. Januar 1904 in Kraft treten soll.

**Der Abschluß eines korporativen Arbeitsvertrages** für das gesamte Baugewerbe ist in Stuttgart in naher Aussicht. Nach mehreren Sitzungen hat sich eine Kommission aus Vertretern der Arbeitgeber und der Organisationen der Maurer, Zimmerleute, Steinhauer u. über alle maßgebenden Punkte vollständig geeinigt. Im Laufe der nächsten Woche soll der Vertrag von den Organisationen genehmigt werden. Es folgt die Genehmigung noch bis Ende Februar, so tritt der Vertrag am 1. März in Kraft.

**Der Profit über alles.** Unsere Schutzollpolitik ermöglicht es den Syndikaten, an das Ausland bedeutend billiger zu verkaufen als an das Inland. Unsere Geldsackpatrioten finden das so in der Ordnung. Diese gemeingefährliche Preispolitik hat wieder eine neue Folge gezeitigt. Die bekannte Dortmunder Firma August Klönne, Eisenkonstruktion, Gasometerbau u., ist dahinter gekommen, auch aus dieser Lage Nutzen zu ziehen. Die Firma hat sich entschlossen, ein zweites Werk in Holland zu errichten. Daß die Firma Nutzen dabei erzielt, ist einleuchtend aus folgendem: In Deutschland kostet zur Zeit die Tonne Bleche 120 Mark, während das gleiche Quantum nach dem Ausland für 100 Mark frachtfrei geliefert wird. Mit hin erwächst der Firma hiedurch ein Nutzen von 25 Mark für die Tonne, bei 1000 Tonnen macht das schon 25000 Mark. Es handelt sich bei der Firma jetzt schon um viele Tausend

Tommen, da sie bedeutende Aufträge auf Gasometer-Blieferungen hat. Selten wohl ist den Arbeitern deutlicher vor Augen geführt, wie der „Patriotismus“ des Unternehmertums in Wirklichkeit zu verstehen ist. Durch diese Politik wird den deutschen Arbeitern rücksichtslos das Brot genommen, Handel und Verkehr niedergelegt und dadurch selbstverständlich auch der Mittelstand zu Grunde gerichtet, den man zu schützen vorgibt. Und dabei spricht Minister Müller immer noch von der segensreichen Tätigkeit der Syndikate.

### Eingefandt.

Zu dem in Nummer 5 des Steinarbeiter unter dem Namen Hamann bezeichneten Eingefandt halte ich es, nicht etwa als gekränkter Gauleiter, sondern ganz besonders als Verantwortlicher zu der Wahl des Gauleiters, für meine Pflicht, einiges richtigzustellen und darüber Aufklärung zu geben.

Kollege Hamann beruft sich in seinem Eingefandt auf den von der Geschäftsleitung herausgegebenen Leitfaden und greift besonders den Passus heraus, welcher zu Gunsten der zu dem Gau gehörigen Zahlstellen sowie für seine Beschwerde spricht. Eingegen den Passus auf Seite 61, Nr. 32 des Leitfadens, welcher zu Gunsten des Verantwortlichen der Wahl des Gauleiters spricht, läßt er ganz ruhig aus dem Auge.

Der genannte § 32 heißt: „Alljährlich im Monat März hat in einer Mitgliederversammlung der Vorortzahlstelle die Neuwahl des Gauvorstandes stattzufinden. Wiederwahl ist zulässig. Die Gewählten bedürfen der Bestätigung durch den Verbandsvorstand, welche als erfolgt gilt, wenn innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Anmeldung kein Einwand erhoben wird.“

Ich habe den Leitfaden auch studiert. Um nun trotz alledem sicher zu gehen, habe ich eine kombinierte Sitzung von Dresden, Pirna und Neudorf, und unter Zuziehung der Kontrollkommission, welche Dresden das Glück hat, am Orte zu haben, an welcher im ganzen 16 Mann beteiligt waren, einberufen.

Nach eingehender Debatte erklärte die Kontrollkommission, die Zentralleitung unter Beteiligung der Kontrollkommission habe beschlossen: der Vorort wählt den Gauleiter, und dieses wurde in der kombinierten Sitzung beschlossen, worauf in einer am 15. Januar 1903 in Dresden stattgefundenen Versammlung der Gauleiter gewählt wurde.

Man muß hier die Geschäftsleitung in Schutz nehmen, wenn nicht alles Klipp und klar geschrieben steht. Der vernünftige Kollege kann sich eine Vorstellung machen, welche eine Menge Arbeit die Geschäftsleitung bei der Einrichtung des Verbandes zu bewältigen hatte, und wenn sich hier und da ein Fehler einschleicht, so müssen alle an der Organisation Mitbeteiligten dieses zu überbrücken versuchen; es scheint mir aber, solche kleine Versehen von Seiten der Geschäftsleitung sind manchem herzlich willkommen.

Wie recht ich als Veranstalter für die Wahl des Gauleiters halte, beweist selbst der Zentralvorstand, der in Nummer 4 des Steinarbeiters schreibt: „Für diese Periode, bis zum nächsten März, wo Neuwahlen stattzufinden haben, dürfte eine genaue Einhaltung des vorgeschriebenen Wahlverfahrens nicht durchzuführen sein.“

Ich glaube hier klargestellt zu haben, inwieweit Fehler gemacht worden sind, oder zum Nachteil der zum Gau gehörigen Zahlstellen gehandelt worden ist. Weiter schreibt Kollege Hamann: „Es scheint mir, als ob die Herren von Dresden und Pirna in ihrer allen hochtrabenden Weise weiterwursteln wollen. Nun, Freund Hamann, dieses nennt man hochtrabend weiterwursteln, wenn sich der Ort Dresden bei allen ersten Vorkommnissen darum kümmern darf, ja, wenn er es sich viel Zeit und Geld kosten läßt, was Dresden immer getan hat. Wenn das der Kollege Hamann auch gewurstelt nennt, als beim Neuenburger Steinbrecherstreit Dresden eine hohe Summe gegeben hat; nun, wenn es wieder einmal so paßt, und von Dresden Geld verlangt wird, da werden wir eben nicht mehr mitwursteln.“

Im weiteren wissen wohl die Städter, und ganz besonders die leitenden Personen in Dresden, welchen Faktor die Steinbrecher bei einem vorkommenden Streik bedeuten, wenn sämtliche organisiert sind. Wenn nun in den vergangenen Zeiten die Verbindung, sowie die Agitation für letztere nicht nach Wunsch betrieben worden ist, so hängt doch dieses nicht mit dem Veranstalter der Wahl zum Gauvorstand zusammen. Wenn Kollege Hamann den Schuldigen treffen wollte, so wußte er doch, wo selbiger zu finden war und mußte sich aus dem Spiele lassen. Mit der Vernachlässigung der verschiedenen Orte, wie Kollege Hamann schreibt, scheint es doch auf sehr schwachen Füßen zu stehen. Wie kommt Kollege Hamann zu der Information, welche folgender Satz in seinen Eingefandt zeigt; er schreibt: „Ich für meine Person würde, auch wenn ich geeignet für dieses Amt wäre, mich unter den Umständen für die Wahl bedankt haben, wie es auch andre getan haben. Wenn ein Artikelschreiber, so kurz nach dem Stattfinden einer Sitzung, wie es hier der Fall ist, eine derartige Information besitzt, so kann von einer schlechten Verbindung sowie einer Vernachlässigung und Abstoßung die Rede wirklich nicht sein.“

Des Pudels Kern wird wohl nicht bloß Vernachlässigung sein, sondern hier ist nach meiner Auffassung etwas Hintertreppenvolitik dabei, und wäre es doch auf alle Fälle besser gewesen, Kollege Hamann hätte gar nicht oder richtig geschrieben. Hier kann nicht müßsam aufgebautes über den Haufen geworfen werden, sondern es muß erst aufgebaut werden, und dieses kann auch ohne angestellten Bauleiter, wenn auch schwer, aber doch erreicht werden.

Wenn irgend in unserer Organisation etwas geschaffen und eingerichtet wird, dann erhebt sich gleich der eine oder andre Kollege, um den Maßstab der Kritik anzulegen.

Ich meine, nach den dargelegten Ausführungen war es unangebracht, in der Öffentlichkeit sogleich eine solche subjektive Diskussion zu pflegen und den ausführenden Kollegen ihre Aufgabe in der wirklich nicht gerade so günstigen Zeitperiode noch zu erschweren.

Dresden.

Fetisch.

Am 25. Januar fand hier selbst eine Brecherversammlung statt, in welcher der Antrag eingebracht und angenommen wurde, 1000 Mark von der Sparkasse abzuholen und zu teilen. Schon in der vorigen Versammlung wurde der Antrag eingebracht, ging aber nicht durch, weil per Akklamation abgestimmt wurde, und so schenkten sie sich, sich öffentlich als die Geldgierigen hinzustellen. In der letzten Versammlung war jedoch dieses Schmeißelgefühl nicht mehr so empfindlich und frei erhoben sich die Hände, um der Zahlstelle einen Schlag zu verfechten. Wie falsch die Kollegen handeln, ist wohl nur wenigen unter ihnen richtig bemerkt. Wir wissen noch nicht, was der 1. März uns bringen wird. Ich glaube aber, es wird Gelegenheit geboten werden,

das Geld nützlicher zu verwenden, als gemächlich zu teilen; oder bilden sich die Kollegen ein, die Meister haben großen Respekt vor einer leeren Kasse? Uns werden dadurch die Verhandlungen erschwert; auch haben wir es hauptsächlich Ihrer Uneinigkeit zu danken, daß schon im vorigen Jahre der Tarif erniedrigt wurde. Bei festem Zusammenhalten hätten es die Meister gar nicht gewagt, ein derartiges Verlangen zu stellen. Jeder, der die hiesigen Verhältnisse kennt, wird zugeben, daß viele von den wenigen, die jetzt noch scheinbar zur Sache halten, uns den Rücken kehren werden, sobald sie das Geld in der Tasche haben. Es ist eine Schande, wenn man daran denkt, daß Kollegen, die schon in der Erde ruhen, ihr halbes Leben bemüht waren, möglichst viel Geld anzusammeln, um dereinst ein besseres Dasein damit zu erringen, jetzt wird es einfach geteilt. Hier heißt es auch, der Profit geht über alles. Jetzt schon wurde von einem Geschäftsführer gesagt, wer pro Stunde für 30 Pfennige arbeiten will, kann bleiben, die andern können sich bald die Papiere holen.

Die Versammlung bewies aber auch, daß sie sehr sparsam sein kann, wo es sich um die Erstattung von Veräumniskosten handelt. In einer gemeinschaftlichen Steinmetz- und Brecher-versammlung wurden seinerzeit drei Kollegen damit betraut, den Anschluß an das Gewerbegericht Bunzlau in die Wege zu leiten. Die Kosten sollten gemeinschaftlich getragen werden. Zwei von den letztern hatten wegen dieser Sache einen Weg nach Bunzlau und verlangten dafür von den Brechern 2 Mark. Dieser Antrag wurde aber abgelehnt mit der Begründung: „Wir brauchen kein Gewerbegericht.“ Ob diese Begründung von organisierten Arbeitern besonders geistreich ist, bezweifle ich sehr. Die Kommission wird wohl auf die Erstattung verzichten müssen, damit noch 2 Mk. mehr zum Verteilen gelangen.

Alt-Warthau.

Fr. Alter.

Anmerkung der Redaktion. Eine solch beschämende Handlungsweise wie die der Alt-Warthauer Brecher ist nicht scharf genug zu verurteilen. Ganz gewiß kam es vor Jahrzehnten dann und wann vor, daß man in lockeren Organisationen ebenfalls eine Verteilung des vorhandenen Barbestandes vornahm, größtenteils zu Zwecken, um sich momentanen zweifelhaften Genüssen hinzugeben. Aus welchem Grunde sich die Brecher in Alt-Warthau für berechtigt erachteten, eine solche Summe, die schließlich größtenteils von andern aufgebracht war, gegenseitig zu teilen, ist geradezu rätselhaft. Alle Orte rüsten sich, die lokalen Fonds zu stärken, um dem Unternehmertum gerüstet und gewappnet gegenüberzutreten; in Alt-Warthau erleben wir das grandiose Schauspiel, daß man sich in einer Zeit, wo die Unternehmer mehr als bisher den Kampf in der Offensive zu führen gedenken, nicht scheut, vor den Augen der organisierten Arbeiter Deutschlands einen solch leichtfertigen Streich zu begehen. Diese Handlungsweise ist ein bedenkliches Zeichen der Zeit.

Es sind Ansichten über die jetzige Art der Reiseunterstützung verschiedentlich geäußert, und in Nr. 6 des Steinarbeiter hat unser Verbandsvorsitzender sich darüber verbreitet, weshalb die Regelung der Reiseunterstützung in der jetzigen Form erfolgt ist.

Er führte aus, daß die jetzt bestehende Art der Reiseunterstützung und die jetzt gültige Reisekarte vom Kongreß in Leipzig beschlossen sei. Dieses trifft aber nur insoweit zu, als auf dem letzten Kongreß beschlossen wurde, das frühere System, welches ich, nebenbei bemerkt, immer für das Beste hielt und noch halte, umzuändern in eine Reiseunterstützung mit Tagegeldern. Dazu wurde die jetzt gültige Reisekarte zum quittieren der einzelnen Unterstüzungssummen als praktisch anerkannt.

Ich, der ich das Projekt, auf öfteres Drängen der damaligen Kontrollkommission, welche aber dieselbe Ansicht hatte, wie ich im weiteren ausführte, mit ausgearbeitet habe, und wohl fast alle Kongreßdelegierten, dies bemerkt ich besonders, bin wohl ganz anderer Meinung über die Art der tageweisen Reiseunterstützung auf der Reise, als die, welche der Verbandsvorstand einführt und jetzt unser Verbandsvorsitzender verteidigt.

Der Kongreß im allgemeinen und die Ausarbeiter der Reiseunterstützung mit Tagegeldern dachten sich dieselbe so, daß jeder reisende Steinarbeiter für soviel Tage, die er auf der Reise ist, pro Tag 60 Pfg. Unterstützung erhält und zwar, wie auf Seite 4 des Verbandsstatutes zu lesen ist, getrennt oder hintereinander auf die Dauer von 60 Tagen innerhalb eines Jahres. Sind die 60 Tage um, ist er für dieses Jahr ausgesteuert und im nächsten Jahr wieder bezugsberechtigt, wenn er mindestens 13 Wochenbeiträge nach seiner Aussteuerung wieder bezahlt hat. Daß als Mindestes 120 Mark oder für 2 Tage Unterstützung ausbezahlt werden sollte, war deshalb vorgesehen und auch angenommen, weil erstens etwas an Schreiberreisen gespart werden sollte, es sollte die Quittierung für jedesmal 60 Pfg. verniedert werden, andernfalls sollte die Reisekarte nicht größer ausfallen, und die 30 Mark sind auf dieser schon recht genug, so daß 60 überhaupt nicht drauf gingen; es ist die Anführung des Vorsitzenden, „wenn es anders gedacht wäre, müßten 60 Heller auf der Karte sein“, hinfällig, da er als Vorsitzender auf dem Kongreß die Ausführungen darüber gehört haben muß.

Was nun die Festsetzung mehrerer Auszahlungstage in größeren Städten oder zu einer Zahlstelle gehörigen größeren Bruchgebiets betrifft, so war dies dem Vorstand anbeigelegt, eine Auszahlung mehrerer Tage für Berlin, Dresden, Hamburg, München etc. und der betreffenden Bruchgebiete festzusetzen, weil der Arbeitssuchende gezwungen ist, längere Zeit dort zu verweilen. Wie man nun dazu kam, in einem kleineren Ort wie Ulm 4 Auszahlungstage vorzusehen, wird mir und manchen andern unklar bleiben. Ist der betreffende Reisende z. B. von München nach Ulm gekommen, hat 6 Tage dazu gebraucht und ist noch 7 Tage oder mehr unterstützungsberechtigt, so hat er 6 Tage oder 3.60 Mk. ausbezahlt zu bekommen; wenn eben seine 60 Tage um sind, ist er sonstwie ausgesteuert. So ist eine Reiseunterstützung mit Tagegeldern, so hatten es sich diejenigen, die den Entwurf ausgearbeitet und dem Kongreß unterbreitet haben und wohl auch alle die, welche dem zugestimmt haben, gedacht. Aber die Allgemeinheit denkt — und der Vorstand lenkt! Es muß dem Reisenden, soviel er nachweislich Tage auf der Reise war, Unterstützung gewährt werden, damit er auch entfernt gelegene Gebiete bereisen kann, um dort für die Organisation zu wirken, ohne den Verlust an Unterstützung auf der Reise zu haben“ wurde angeführt, „soviel er erinnerlich ist, dieses ist aber unmöglich, wenn an Orten feste Sätze zu zahlen sind. Über bedeutend schlechter ist die jetzige Methode, weil weniger Auszahlungsorte sind. Jedemfalls haben unsere Vorstandsmitglieder von Eugen Nichters „Spar-Agnes“ gelesen, wollen also sparen, was auch anerkenntenswert ist, aber sich dabei auf Kongreßbeschlüsse berufen, oder vielmehr dieselben in diesem Sinne, wie unser Vorsitzender, umzubeden, ist wohl doch nicht ganz praktisch. Und nun noch dem zuzufügen, „daß es jetzt damit sein Bewenden habe und weiteres Experimentieren ausgeschlossen ist“, geht denn doch zu weit.“

Es darf doch nicht einwirken, daß der Vorstand die Beschlüsse, die klar und verständlich gefaßt sind, nach seinem Geschmack umdeutet und dann erklären darf, das bleibt so, ob es so richtig ist oder nicht.

E. Hirtmann.

### Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

**Brackwede.** Dem Kollegen August Feuer, geb. 11. Mai 1878 zu Delmiffen ist kein neues Buch auszustellen, da er sein altes in Unordnung hier zurückgelassen hat.

R. Kothé, Kassierer.

**Bremen.** Reiseunterstützung wird auf der Herberge bei Bendtsfeld Witwe, Kleine Helle Nr. 40 von 1/6 bis 1/7 Uhr Abends ausbezahlt.

**Kassel.** Die Reiseunterstützung wird ausbezahlt Wochentags von 6 bis 7 Uhr Abends, Sonntags von 11 bis 12 Uhr Vormittags. August Niemannscheider, Beihelber Ecke Nr. 6.

**Köln.** Ersuche die Vorsitzenden und Vertrauensmänner, dem Steinmetz Franz Klinger aus Neugrafenwalde (Oesterreich) kein Buch auszustellen, da das alte und neue hier in Unordnung liegt. Derselbe ist von hier abgereist, ohne seinen Verpflichtungen der Zahlstelle gegenüber nachzukommen.

Die Ortsverwaltung. W. Dachner.

**Strasburg.** Reiseunterstützung wird ausbezahlt bei Kollegen Rau, Halbmondgasse Nr. 6.

### Quittung.

Eingegangene Gelder vom 2. bis mit 7. Februar 1903:  
Hamburg II, Stempel 1.50, Hauptbuch 2.50, Beitrag 71.75; Berlin II, Inf. 1.80, Extrasteuer 5.—, Delegiertensteuer 5.75, Beitrag 49.—, Beitragsbücher 0.20; Göttingen, Beitrag 50.—; Stuttgart II, Beitrag 42.50, Delegiertensteuer 4.50, Mainmarken 2.—, Beitragsbücher 2.50; Zürich, I. bis IV. Qu. 5.40; Bonn, Beitrag 6.50; Hausberge, Beitrag 6.05; Miltenburg, IV. Qu. 1.80; Hohenburg, I. u. IV. Qu. 1.80; Gotha, I. Qu. 0.95; Aßling, I. Qu. 1.02; Horta, Stempel 1.50, Beitrag 19.88, Eintrittsmarken 0.50; Konstanz, Beitrag 24.—; Alsbach, IV. Qu. 11.60; Dessau, Extrasteuer 2.25; Hemsbach, Beitrag 25.45; Plogwitz-Löwenberg, Beitrag 100.—  
F. Lange.

### Briefkasten.

**N., Schillertwicken.** Leider steht mir die Adresse nicht zur Verfügung.

**Z., Bremen.** Es ist nicht möglich, diesen Artikel aufzunehmen, wende Dich lieber an die dortige Parteipresse.

**Franke, Dresden.** Derliche Angelegenheiten, die vor drei Jahren passiert sind, im Steinarbeiter zu besprechen, das geht uns gerade noch ab. Man kann es unmöglich der Zahlstelle Plogwitz verbenken, wenn sie vor kurzem eine Notiz im Steinarbeiter brachte, die auf Deine gegenüber dieser Zahlstelle noch zu erfüllende Verbindlichkeit Bezug nahm.

**S., Wittweida.** Diese Mitteilung können wir vielleicht später verwenden.

**G., Schönwald.** Teile mit, ob in Deiner Anfrage Material in größerer Dimension, oder ob geschnittene Platten gemeint sind. **Kollege aus dem Erzgebirge.** Es erscheint in kurzer Zeit ein Adressenverzeichnis.

**M.** Dein Versammlungsbericht mußte nur wegen Stoffandrang bis zu dieser Nummer zurückgestellt werden. Es muß eine allgemeine Verteilung des Stoffes stattfinden, denn der Inhalt des Steinarbeiter kann sich unmöglich aus Versammlungsberichten zusammensetzen. Oftmals warten aber die Versammlungschriftführer mit ihren Berichten etliche Wochen, bis es ihnen genehm erscheint, dieselben hierher einzusenden. In solchen Fällen der Redaktion böswillige Absicht zuzuschreiben, ist wirklich unangebracht.

### Anzeigen.

## Mittweida.

#### Achtung, Kollegen!

Nächsten Sonntag, den 15. Februar, Punkt 3 Uhr, findet im Vereinszimmer der Sängersalle eine **Mitglieder-versammlung** mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vortrag des Genossen Paul Friedrich über das Unfallversicherungsgesetz. 2. Diskussion und Gewerkschaftliches.

Für den Betrieb eines Basaltwerkes für

## Basaltsteine u. Schotter

wird ein kaufmännisch und technisch gebildeter **Betriebs-leiter**, welcher in gleicher Stellung gewesen ist und die erforderliche Eignung besitzt, ein solches Werk selbständig einzurichten und zu leiten, gesucht.

Offerten wolle man richten unter **Basaltwerk 24** an **Haasenstein & Vogler** in Reichenberg.

## Junger Steinmetz auf Grabsteinarbeit

hält sofort gute Stellung bei **R. Runde, Steinmetzmeister** in **Wilsnack**, an der Berlin-Hamburger Bahn.

**Assoziationen, Geschäftverkäufe, Hypotheken-Vermittlung** etc. durch **Wilhelm Hirsch, Mannheim, S 6.**

### Achtung!

Wegen einer wichtigen Frage ersuche ich, die Adresse des Steinmetzen **Johann Friedrich Schmiek** aus Colditz b. Dresden an mich gelangen zu lassen. **Andreas Bietsch, Meißen a. Elbe, Vertrauensmann.**

## Todes-Anzeigen.

Am 16. Januar starb unser Kollege

### Paul Dasy

im Alter von 39 Jahren an der Berufskrankheit.

Ehre seinem Andenken!

**Zentralverband der Steinarbeiter Bunzlau.**

Am 27. Januar starb unser Kollege und Parteimitglied

### Wilhelm Fauser

im Alter von 64 1/2 Jahren in Remnath.

Ehre seinem Andenken!

**Die organisierten Steinarbeiter von Stuttgart und Umgebung.**

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig. Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.